



Nr. 7 - August 2007

Grenzen des Wachstums - und des Klientelismus

WILHELM HOFMEISTER

Inhalt

▪ Seite 1

Die schwierige Ordnung des Luftverkehrs

▪ Seite 3

Grenzen des politischen Klientelismus

▪ Seite 5

Neopatrimonialer Klientelismus

▪ Seite 6

Klientelismus und Korruption

▪ Seite 7

Stabile makroökonomische Bedingungen trotz der internationalen Finanzkrise

▪ Seite 8

Positive Umweltbescheide für Staudammprojekte

▪ Seite 9

Strategische Partnerschaft mit Europa

Die schwierige Ordnung des Luftverkehrs in Brasilien

Der tragische Unfall des Passagierflugzeugs der Fluggesellschaft TAM auf dem Stadtflughafen Congonhas in São Paulo am 17. Juli, bei dem 199 Menschen ums Leben kamen, überschattet das öffentliche Leben und die politische Debatte in Brasilien. Die Unfallursache ist noch nicht geklärt, doch für viele Menschen und Kommentatoren trägt die Bundesregierung eine erhebliche Mitschuld an dem Unglück, weil in den vergangenen Monaten wiederholt deutlich wurde, dass sie nicht fähig war den Luftverkehr zu organisieren und zu kontrollieren. Seit dem Niedergang der Fluggesellschaft VARIG im Verlauf des vergangenen Jahres und erst recht seit dem Absturz eines Passagierflugzeugs der Gesellschaft GOL über dem Amazonas am 29. September 2006, bei dem 155 Menschen umkamen, ist der Flugbetrieb in Brasilien erheblich gestört. Streiks der Fluglotsen, Nachrichten über unzulängliche Ausstattung und mangelhaftes Gerät der Flugüberwachung, Kompetenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Regierungsagenturen, die mit der Organisation des Flugbetriebs betraut sind, zahlreiche Verspätungen und komplette Absagen von Flügen, endlose Warteschlangen auf überfüllten Flughäfen, Bilder von Menschen, die den Weihnachtsabend auf Flughäfen verbringen mussten, weil ihre Flüge ausfielen, Tage wie der 4. Juli, an denen der Flugverkehr praktisch vollkommen zusammenbrach - und inmitten all dieser Desorganisation wiederholte vollmundige Ankündigungen der Regierung über ein sofortiges oder zumindest baldiges Ende aller Unregelmäßigkeiten, die jedoch rasch durch neue Krisen und Konflikte an Glaubwürdigkeit verloren. „Entspannen und genießen“ - dieser Ratschlag der Tourismusministerin Marta Suplicy an die entnervten Reisenden in den Warteschlangen auf den Flughäfen war als purer Zynismus der Regierenden gegenüber ihrer eigenen Unfähigkeit zur Ordnung des Flugverkehrs aufgefasst worden. Das Unglück in São Paulo sehen nun viele Menschen als Folge monatelanger Untätigkeit und Unfähigkeit. Während eines Trauer- und Protestmarsches einiger tausende Personen in São Paulo am 29. Juli wurde wiederholt Kritik an der Regierung und an Präsident Lula artikuliert.

Der Präsident wurde vor allem auch deshalb zur Zielscheibe vieler kritischer Kommentare, weil er nach dem Unglück ungewöhnlich viel Zeit für eine erste Reaktion verstreichen ließ. Eine Kondolenzbotschaft des argentinischen Präsidenten Kirchner war das erste offizielle Kommuniqué nach dem Unglück, noch bevor ein Sprecher des brasilianischen Präsidialamtes das Bedauern des Präsidenten mitteilte. Lula hat sich drei Tage in seinem Präsidentenpalast





FOCUS BRASILIEN

AUGUST 2007

www.adenauer.org.br

eingebunkert und war in der Öffentlichkeit nicht zu sehen und zu hören. Die Unfallstelle hat er nicht besucht und an einer Trauerfeier hat er nicht teilgenommen. Wohl nicht zu Unrecht wurde das interpretiert als der Versuch, das eigene Image von dem Unglück nicht beeinträchtigen zu lassen. Doch die Angehörigen der Opfer vermissten den Beistand des Staatschefs, der sich bei anderen Gelegenheiten gerne als Vater der Nation feiern lässt, und die breitere Öffentlichkeit erwartete Erklärungen und Entscheidungen, wie ähnliche Unfälle in Zukunft zu vermeiden wären. Als Lula endlich einige Maßnahmen ankündigte, hatte sich Enttäuschung über sein Verhalten bereits breit gemacht.

Als taktlos wurde gewertet, dass die Regierung wenige Tage nach dem Unfall in einer Feierstunde in Brasilia die Direktoren der Luftaufsichtsbehörde ANAC ehrte, die zum Teil für die Unregelmässigkeiten im Luftverkehr verantwortlich zeichnet. Als geradezu frivol aber gilt die Reaktion des einflussreichen Präsidentenberaters und Vizepräsidenten der Arbeiterpartei PT, Marco Aurelio Garcia, der gefilmt wurde, als er zusammen mit einem Mitarbeiter mit einer triumphalistischen und ordinären Geste den Bericht in den Abendnachrichten kommentierte, das Unglück in São Paulo sei möglicherweise auf einen technischen Mangel am Flugzeug zurückzuführen; Garcia schien damit seine Genugtuung auszudrücken, dass alle Vorwürfe an die Regierung wegen des Unglücks haltlos wären.

Doch die Krise der Luftfahrt hat das Selbstbewusstsein und Ansehen der Regierung erheblich erschüttert. Selbst in offiziellen Kreisen wird sie mittlerweile als die schwierigste Krise in der Amtszeit von Präsident Lula bewertet. Die „Teflonschicht“ um den Präsidenten, an der bisher noch alle Krisen und Skandale abglitten, mag sein persönliches Image und seine Popularität vorerst weiter schützen; doch mehren sich die Zweifel an der Leistungsfähigkeit seiner Administration. Dass der Präsident selbst die Probleme für sein Image sieht, zeigt sich daran, dass er zuletzt nur noch in den Nordosten reiste, wo er bei den ärmeren Bevölkerungsschichten weiterhin mit Applaus empfangen wird; den Süden des Landes meidet er jedoch, um kritischen Kundgebungen zu entgehen.

Auf jeden Fall ist die Regierung nun bemüht, das Problem des Luftverkehrs mit neuer Entschlossenheit anzugehen, um eine weitere Erosion ihres Ansehens zu verhindern. Nach Ankündigung erster Maßnahmen am 21. Juli – u.a. Ausbau des internationalen Flughafens von São Paulo, Reduzierung von Flügen in Congonhas und Einrichtung anderer Knotenpunkte im Land zur Umgehung von São Paulo – hat der Präsident den schon seit langem den in der Öffentlichkeit geforderten Wechsel des Verteidigungsministers vorgenommen. Dieses Ministerium ist in Brasilien für die Ordnung des Flugverkehrs zuständig. Die Inkompetenz des bisherigen Amtsinhabers war in den vergangenen Monaten nur allzu offensichtlich, doch aus persönlicher Verbundenheit lehnte Lula einen Ministerwechsel ab.

Neuer Verteidigungsminister wurde Nelson Jobim, eine der bekanntesten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Brasilien. Jobim, Mitglied der PMDB, war unter Präsident Cardoso Justizminister und von 1999 bis 2006 Mitglied des Obersten Bundesgerichts, zuletzt seit 2004 als dessen Präsident. Im vergangenen Jahr ist er von diesem Amt zurückgetreten, weil er offensichtlich eine Präsidentschaftskandidatur der PMDB oder zumindest eine Kandidatur als Vizepräsident von Lula anstrebte. Das ließ sich ebenso wenig realisieren wie seine



FOCUS BRASILILIEN

AUGUST 2007

www.adenauer.org.br

Wahl zum PMDB-Vorsitzenden im Frühjahr 2007. An der Spitze des Verteidigungsministeriums ist er, wie seine ersten Verlautbarungen erkennen lassen, fest entschlossen, Führungskraft zu beweisen. Er will die Luftfahrtkrise lösen – und es gibt keine Zweifel, dass er sich mit einer erfolgreichen Amtsführung für weitere Ämter empfehlen will...

Eine der ersten Maßnahmen richtet sich auf die Auswechslung des Führungspersonals bei der Luftaufsichtsbehörde ANAC und der Flughafen-Betreibergesellschaft INFRAERO. Dabei wurde einer breiteren Öffentlichkeit wieder einmal bewusst, dass die Angehörigen dieser Leitungsgremien, wie bei vielen öffentlichen Einrichtungen üblich, ihr Amt sogenannten politischen Nominierungen zu verdanken haben; d.h. sie wurden von wichtigen Politikern aufgrund treuer Gefolgschaftsdienste für ihre Positionen vorgeschlagen, während ihre fachliche Qualifikation eine untergeordnete Rolle spielte. Dass auf diese Weise eine wichtige Behörde nicht effizient geführt werden kann, hat die Krise der Luftfahrt in den vergangenen Monaten hinreichend bewiesen. Die Auswechslung des Leitungspersonals von ANAC und INFRAERO war für Jobim keine leichte Aufgabe, weil sich die Betroffenen wehrten und von ihren politischen Paten geschützt wurden. Letztlich musste sich Jobim jedoch durchsetzen, um wenigstens zu Beginn seiner Amtszeit Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

Die weiteren Aufgaben zur Ordnung des Luftverkehrs in Brasilien sind keineswegs im Handstreich zu erledigen. Denn die angekündigten Maßnahmen, wie der Ausbau der internationalen Flughäfen von São Paulo und Rio de Janeiro, und die Umstellung des Flugverkehrs zur Entlastung von Congonhas erweisen sich als schwierige und langfristige Aufgabe, die erst in einigen Jahren abgeschlossen werden können. Bis zum Jahr 2010 sollen ca. 3 Milliarden Reais (ca. 1,1 Mrd. Euro) für den Ausbau der 20 wichtigsten Flughäfen des Landes ausgegeben werden, um zusätzliche Kapazitäten für weiter 40 Millionen Passagiere zu schaffen. Doch erfahrungsgemäß bestehen große Probleme mit der Umsetzung solcher Ankündigungen. Häufig werden die zugesagten Mittel nicht wirklich zur Verfügung gestellt und dann für andere Projekte genutzt, oder es fehlt an der Umsetzungskapazität. Im vergangenen Jahr beispielsweise wurden 66% der für den Ausbau der Infrastruktur und der Sicherheit der Flughäfen vorgesehenen Investitionen nicht getätigt.

Grenzen des politischen Klientelismus

Die Probleme des Luftverkehrs sind nicht zuletzt eine Folge des starken Wachstums des Verkehrs- und Passagieraufkommens, das mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergeht. Das aber verlangt nach neuen Managementkapazitäten, die mit dem hergebrachten klientelistischen System der Vergabe und Besetzung von einflussreichen Posten bei staatlichen oder öffentlichen Einrichtungen nicht in Einklang zu bringen sind. Mangelnde Kompetenz der über die politische Schiene ernannten Posteninhaber geht dann einher mit mangelndem Engagement für das Unternehmen, so dass auch nicht wirklich energisch für dessen Wohl und beispielsweise die Freigabe von Investitionsmitteln gekämpft wird. Derartige Probleme der „gestão“, der Unternehmensführung, haben heute, angesichts eines härteren internationalen Wettbewerbs und angesichts des Wachstums einzelner Branchen und Bereiche, weiterreichende Konsequenzen als in früheren Jahren, als die Anforderungen an



FOCUS BRASILien

AUGUST 2007

www.adenauer.org.br

die Unternehmensführung weniger anspruchsvoll waren. Größere Anstrengungen zugunsten einer Überwindung des traditionellen politischen Klientelismus scheinen daher zwar einerseits dringend geboten, andererseits war in den letzten Monaten und Jahren bei den tausendfachen Besetzungen öffentlicher Stellen kaum eine Neigung zum Abrücken von der klientelistischen Praxis erkennbar.

Der Klientelismus ist Teil politischer Verfahren in Brasilien, die durch politische Traditionen und Kultur, aber auch durch die Struktur des politischen Systems (u.a. das Wahlsystem) beeinflusst und bestimmt werden. Politischer Klientelismus bedeutet der Tausch von Dienstleistungen, Geld oder anderen Mitteln und Vergünstigungen gegen politische Unterstützung, wie beispielsweise Wählerstimmen oder wohlwollendes Abstimmungsverhalten im Parlament. Ein deutliches Beispiel für dieses Verhalten war der „*mensalão*“, die illegalen Monatszahlungen an Abgeordnete der Regierungskoalition für ihr parlamentarisches Wohlverhalten während der ersten Amtszeit von Präsident Lula. Das personalisierte Wahlsystem begünstigt dieses Verhalten insofern, als die Wahlkämpfe außerordentlich teuer und die Kandidaten daher auf eine auch illegale Refinanzierung ihrer Wahlkampfkosten und –schulden angewiesen sind. Eine politische Reform zur Veränderung einiger problematischer Aspekte des Parteien- und Wahlsystems wird zwar seit längerem diskutiert, ist aber im Juni erneut vom Parlament abgelehnt bzw. vertagt worden.

Wie der Klientelismus und das Patronagesystem in Brasilien funktionieren, war zuletzt am Beispiel der Besetzung des Präsidentenpostens von FURNAS zu beobachten, des größten Unternehmens von Eletrobrás, der wichtigsten Elektrizitätsgesellschaft Brasiliens. Die Partei PMDB hatte den ehemaligen Bürgermeister von Rio de Janeiro, Luiz Paulo Conde, für diesen Posten vorgeschlagen, der zuletzt bis 2006 Vize-Gouverneur von Rosinha Garotinho war. Die Ernennung von Conde war eine der Bedingungen der PMDB, um in die Koalition von Präsident Lula einzutreten und den PT-Abgeordneten Arlindo Chinaglia zum Vorsitzenden der Abgeordnetenversammlung mitzuwählen. Die einflussreiche Präsidentschaftsministerin Dilma Rousseff (*Ministra-chefe da Casa Civil*) war zwar gegen diese Ernennung, konnte aber letztlich ihren Widerstand nicht länger aufrecht erhalten. Mitte August unterzeichnete Präsident Lula die Ernennung von Conde und dieser trat sein neues Amt an. Dass er dafür besonders qualifiziert wäre, hat er in seinen bisherigen Posten nicht gerade bestätigt.

Die Beherrschung von FURNAS ist politisch für die PMDB recht attraktiv, weil dieses Unternehmen u.a. im Südosten des Landes für die Umsetzung des Programms „Licht für alle“ (*Luz para todos*) verantwortlich zeichnet, das für einen Anschluss entlegener Ortschaften an die Stromversorgung sorgt. Dieses Programm hat in den nächsten Jahren ein Investitionsvolumen von insgesamt 12,7 Mrd. Reals (ca. 4 Mrd. Euro) und wird etwa ca. 10 Millionen Personen erfassen. Die PMDB wird sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen, aus der Ausweitung der Stromversorgung politisches Kapital bei den nächsten Wahlen zu schlagen – abgesehen davon, dass der Zugriff auf ein Unternehmen wie FURNAS einer Partei erfahrungsgemäß nicht nur politisches, sondern auch ganz konkret Kapital zuspielt.

FOCUS BRASILILIEN

AUGUST 2007

www.adenauer.org.br**Neopatrimonialer Klientelismus: jeder 4. Brasilianer erhält Sozialhilfe**

Eine andere Form des Klientelismus ist der „neopatrimoniale Klientelismus“. Auch hierbei geht es um die Verteilung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, doch steht nicht so sehr die politische Gefolgschaft im Zentrum patrimonialer Absichten als vielmehr ein Verteilungszweck. Politische Effekte der Umverteilung sind aber in der Regel durchaus willkommen.

Die sozialen Transferprogramme in Brasilien, insbesondere das Familienstipendium *Bolsa Família*, können gewiss auch unter der Perspektive eines neopatrimonialen Klientelismus gesehen werden. Dabei ist der unmittelbare Erfolg dieser Programme im Hinblick auf den Transfer von Einkommen und die Überwindung von Armut keineswegs zu bestreiten. Tatsächlich konnte die Zahl der Menschen mit einem Lebensstandard unter der Armutsgrenze bereits deutlich gesenkt werden; nach Regierungsangaben sind das etwa 8 Millionen Menschen. Ob allerdings über diese staatlichen Transferleistungen tatsächlich die Strukturen für eine nachhaltige Armutsbekämpfung geschaffen werden, die bei einem Wegfall der Transfers dann den Rückfall der Begünstigten in die Armut verhindern, steht noch nicht eindeutig fest.

Neuere Erhebungen zeigen, dass praktisch jeder Vierte Brasilianer eine Leistung im Rahmen des „Familien-Stipendiums“ erhält. *Bolsa Família* erreicht mittlerweile 11,1 Millionen Familien mit insgesamt 45,9 Personen, das ist ein Viertel der ca. 190 Millionen Brasilianer. Gegenwärtig beträgt die Hilfsleistung im Durchschnitt 62 Reais pro Monat (ca. 23 Euro); sie wird demnächst auf 72 Reais pro Monat angehoben. Gegenwärtig sind 8,7 Milliarden Reais (ca. 3,2 Mrd. Euro) für dieses Programm im Staatshaushalt veranschlagt; 2008 sollen der Betrag auf insgesamt 10 Milliarden Reais (ca. 3,65 Mrd. Euro) erhöht werden. Der größte Teil der Ausgaben von *Bolsa Família* konzentriert sich auf den Nordosten, die ärmste Region des Landes. Hier erhalten 22,6 Millionen Menschen Unterstützung, der größte Teil – 5,8 Millionen – im Bundesstaat Ceará.

Neben dem verteilungspolitischen Zweck ist der politische Effekt von *Bolsa Família* nicht zu übersehen. Die sozialen Transferleistungen waren bereits entscheidend für die Wiederwahl von Präsident Lula im vergangenen Jahr und sie sind die Grundlage seiner ungebrochenen Popularität bei den ärmeren Bevölkerungsschichten (die schon deshalb von der Krise bei der Organisation des Flugwesens nicht betroffen sind, weil sie nicht mit dem Flugzeug reisen). Bei den Wahlen des vergangenen Jahres war bereits eine Veränderung der politischen Landkarte deutlich geworden, die voraussichtlich bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr noch einmal bekräftigt wird. Die Wählerbasis der PT hat sich von den besser gestellten Staaten des Südens auf den Nordosten verschoben. Voraussichtlich wird dieser Trend im kommenden Jahr anhalten. Damit haben die Transferprogramme einen sozialen und politischen Effekt erzielt, der wohl kaum von ihren Initiatoren erwartet worden war: die Sozialhilfeempfänger sind heute weniger abhängig sind von den klientelistischen Leistungen der Lokalpolitiker und traditionellen politischen Eliten, weil sie Anspruch auf staatliche Leistungen haben, deren Verteilung transparenter und berechenbarer ist; dadurch wird zugleich die Macht der traditionellen Eliten im Nordosten des Landes gebrochen. Für die Zukunft des Landes muss das kein Nachteil sein – auch wenn keineswegs gesichert ist, dass die neuen politischen Eliten verantwortungsbewusster und



FOCUS BRASILIEN

AUGUST 2007

www.adenauer.org.br

weniger korrupt mit der politischen Macht umgehen. Die Geschichte des *mensalão* zeigt, wie rasch die neuen Eliten in alte Gewohnheiten verfielen.

Neben *Bolsa Família* gibt es noch zwei weitere Pfeiler der anhaltenden Popularität des Präsidenten: die kontinuierliche Erhöhung des Mindestlohnes, der die Kaufkraft vieler Brasilianer verbesserte, deren Einkommen an die Indexierung des Mindestlohnes gebunden ist, sowie die Stabilität der makroökonomischen Rahmenbedingungen und das anhaltend, wenn auch insgesamt nicht sehr spektakuläre Wirtschaftswachstum. Der Mindestlohn beträgt nach einer Anpassung um 8,6% ab 1. April dieses Jahres 380 Reais (ca. 140 Euro) pro Monat und ist auch der Maßstab für Rentenzahlung des staatlichen Rentensystems. Der Kaufkrafteffekt für die Schichten mit geringem Einkommen sollte keineswegs unterschätzt werden.

Klientelismus und Korruption – der Präsident des Senats unter Verdacht

Klientelismus und Korruption sind eng miteinander verbunden. Das kann gerade wieder am Beispiel zweier prominenter Senatoren beobachtet werden, einer der beiden ist immerhin der Präsident des Senats und damit einer der höchsten Repräsentanten des politischen Systems.

Renan Calheiros (PMDB) ist bereits in der zweiten Amtszeit Senatspräsident. Im Frühjahr wurde bekannt, dass der Mitarbeiter eines Bauunternehmens, das regelmäßig lukrative öffentliche Aufträge erhielt, in den vergangenen Jahren monatliche Alimente für eine uneheliche Tochter des Senators auszahlte, insgesamt mehrere hunderttausend Reais. Der Verdacht lag nahe, dass sich das Unternehmen für Vermittlungsdienste des Senators erkenntlich zeigte. Calheiros aber bestreitet die Vorteilsnahme und präsentierte in den vergangenen Wochen und Monaten mehrere Versionen über seine Einnahmen, sein Vermögen und seine Bankgeschäfte. Es stellte sich zwar wiederholt heraus, dass die Behauptungen von Calheiros nicht zutrafen und die von ihm präsentierten Belege zum Teil gefälscht waren, doch hat er bisher ehern an seinem Amt festgehalten und nutzt allen amtsmäßigen Einfluss auf die parlamentarischen und juristischen Verfahren, um der drohenden Anklage durch die Ethikkommission des Senats oder eine juristische Verfolgung zu verhindern. Da Calheiros eine wichtige Stütze der Regierung ist, wird er von der Koalitionspolitikern verteidigt. Auch Präsident Lula hat ihn schon öffentlich in Schutz genommen und es ist durchaus möglich, dass der Senatspräsident letztlich eine formale Anklage vermeiden kann.

Senator Joaquim Roriz, ebenfalls von der PMDB, hat das nicht erreicht. In den vergangenen Jahren war er u.a. dreimal Gouverneur des Bundesdistrikts (1990-94, 1998-2006) und wurde wiederholt wegen zahlreicher Korruptionsfälle während seiner Amtsführung und Immobilienschiebereien zur Finanzierung von Wahlkampfkosten angeklagt. Dennoch wurde er noch nie rechtskräftig verurteilt und ist im vergangenen Jahr mit knappem Vorsprung sogar in den Senat gewählt worden. Seit Jahresbeginn wurde wegen Wahlbetrugs gegen ihn ermittelt und das Verfahren schien den üblichen Verlauf zu nehmen, weil auch die PT bzw. die Regierung kein größeres Interesse mehr an der Verfolgung eines früheren Gegners und jetzigen Alliierten hatte. Als jedoch bekannt wurde, dass Roriz offensichtlich zwei Richter des Obersten Wahlgerichts gekauft und mit 1,9 Millionen Reais (ca. 700.000 Euro) bestochen hatte, wandte sich das Blatt gegen

FOCUS BRASILILIEN

AUGUST 2007

www.adenauer.org.br

ihn. Die Ethikkommission des Senats eröffnete ein Verfahren und um einer nun unvermeidlichen Verurteilung zu entgehen, legte er am 4. Juli sein Mandat nieder. Damit vermied er ein Urteil, das seine Unwählbarkeit bis zum Jahr 2022 bedeutet hätte, so dass er bei kommenden Wahlen wieder antreten kann.

Prozess gegen „mensaleiros“ vor dem Obersten Bundesgericht

Zwei Jahre nach Bekanntwerden der illegalen Monatszahlungen („mensalão“) an Abgeordnete der Regierungskoalition für ihr parlamentarisches Wohlverhalten, was zur schwierigsten politischen Krise der ersten Amtszeit von Präsident Lula führte, wurde am 22. August ein Prozess vor dem Obersten Bundesgericht (STF) gegen 40 Personen eröffnet, die in diesen Skandal verwickelt waren. Zu den Angeklagten gehören u.a. der ehemals allmächtige Minister und frühere PT-Vorsitzende José Diceu, der als einer der Drahtzieher des „mensalão“ gilt, sowie weitere prominente ehemalige PT-Führer, Politiker der Parteien PP, PL, PTB, PMDB und PT, die zum Teil bei den Wahlen des vergangenen Jahres wieder ein Mandat erhielten sowie Unternehmer und ehemalige Angestellte von öffentlichen Einrichtungen, die an den Veruntreuungen zur „Erwirtschaftung“ der Geldbeträge beteiligt waren. Die Anklageschrift beziffert die bekanntgewordenen Beträge auf 50 Millionen Reais (ca. 15 Millionen Euro). Die Anklage des Generalbundesanwaltes lautet auf Bildung einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche, Devisenvergehen, aktive und passive Bestechung und Veruntreuung.

Stabile makroökonomischer Bedingungen

Die Stabilität der makroökonomischen Bedingungen ist durch die immer wieder auftretenden Krisen und Skandale bisher ungefährdet. Auch die Turbulenzen der internationalen Finanzmärkte infolge der Probleme des nordamerikanischen Immobilienmarktes haben Brasilien nicht empfindlich berührt, obschon einige Finanzinvestoren Anlagen in Brasilien in Höhe von ca. 8 Milliarden Reais abzogen. Brasilien erwartet zumindest vorerst keine größeren Nachteile; allerdings erhielt Präsident Lula den Hinweis, dass das Wirtschaftswachstum etwas beeinträchtigt sein könnte.

Bis zum Ausbruch der Krise herrschte in Regierungskreisen Optimismus im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum des Jahres 2007. Im ersten Halbjahr nahm die Industrieproduktion überraschenderweise um 4,8% im Verhältnis zum gleichen Vorjahreszeitraum zu. Das wird vor allem auf die Binnenmarktentwicklung zurückgeführt, wo eine niedrige Inflationsrate, die Zunahme von Arbeitsplätzen und billigere Kredite den Konsum anregten, der die Wirtschaft belebt. Da für das zweite Halbjahr ein weiterer Anstieg der Industrieproduktion erwartet wird, hat Regierung die Wachstumsprognose für das gesamte Jahr 2007 auf 4,7% angehoben. Damit würde das Wachstumsziel von 5% fast erreicht.

„Wachstumsprogramm“ wird nur langsam umgesetzt

Das wichtigste Projekt der zweiten Amtszeit von Präsident Lula, das Wachstumsprogramm PAC (Programa de Aceleração do Crescimento) wird nur relativ langsam umgesetzt. Im Rahmen des PAC sind für 2007 15,8 Milliarden Reais (ca. 6,1 Mrd. Euro) für Investitionen in ca. 1.600 Projekte zum Ausbau der



FOCUS BRASILILIEN

AUGUST 2007

www.adenauer.org.br

Infrastruktur und Energiegewinnung vorgesehen. Zwar handelt es sich bei einem nicht geringen Teil der Vorhaben um Projekte, die schon seit längerem vorgesehen waren, doch ihre Realisierung wird durch verschiedene Hürden erschwert. Verzögerungen bei der Planung, langwierige Verhandlungen sowohl innerhalb der staatlichen Verwaltung als auch mit lokalen Gruppen, juristische und rechtliche Probleme, z.B. insbesondere bei der Beachtung der Umweltschutzbestimmungen, haben viele Projekte paralysiert. Bis zur Jahresmitte waren deshalb lediglich nur etwa ein Viertel der ursprünglich für 2007 vorgesehenen Projekte begonnen worden und bis Mitte August waren konkrete Projekte erst für eine Gesamtsumme 4,4 Milliarden Reais vertraglich abgeschlossen worden.

Allerdings hat die Regierung mit einem Anfang Juli veröffentlichten Dekret die Freigabe von ca. 7 Milliarden Reais ermöglicht, wodurch hunderte von Kleinprojekten vor allem im Bereich der Abwasserkanalisation, des Wohnungsbaus und des Transportwesens in Angriff genommen werden können. Sehr zeitaufwendig war u.a. die Koordination mit den Gemeinden und Bundesstaaten, die Mittel im Rahmen des PAC erhalten sollen, aber vielfach noch keine geeigneten Projekte vorlegen konnten. Anfang August war die Koordination mit allen Bundesländern abgeschlossen, so dass nun die Freigabe weiterer Mittel bis Jahresende erwartet wird, und die Regierung scheint zudem entschlossen weitere bürokratische Hürden abzubauen.

Positive Umweltbescheide für Staudammprojekte im Amazonasgebiet

Am 9. Juli hat die Umweltbehörde IBAMA positive Umweltbescheide für den Bau von zwei Wasserkraftwerken am Rio Madeira im Amazonasstaat Rondônia erteilt. Es handelt sich um die Kraftwerke „Santo Antônio“ in der Nähe von Porto Velho mit einer Leistung von 3.168 MW „Jirau“ in der Nähe der bolivianischen Grenze mit einer Leistung von 3.326 MW. Zusammen sollen die Kraftwerke nach ihrer Fertigstellung 2012 und 2013 etwa die Hälfte der Leistung von Itaipu produzieren. IBAMA hatte, nicht zuletzt aufgrund des Protests von Umweltgruppen, die Ausstellung der Umweltbescheide zwei Jahre hinausgezögert. Im Frühjahr dieses Jahres aber hatten Präsident Lula und die Präsidentschaftsministerin Dilma Rousseff den Druck auf die Umweltministerin Marina Silva erhöht und eine Teilung der IBAMA beschlossen. Der neue IBAMA-Chef musste einige kritische Mitarbeiter entlassen und beschleunigte den positiven Umweltbescheid, der zwar einige Umweltauflagen enthalten, aber insgesamt die Projekte freigeben. Umweltschützer sehen in den Bescheiden einen Beleg für das geringe Interesse der Regierung an der Berücksichtigung von Umweltbelangen.

Bolivians Präsident Evo Morales hat übrigens (möglicherweise nicht zuletzt auf Anregung von Hugo Chavez, der lieber sein Erdöl nach Brasilien verkaufen würde) gegen die Baulizenzen für die Kraftwerke protestiert, weil er Nachteile für die bolivianische Umwelt befürchte, die 84 bzw. 190 km von der bolivianischen Grenze entfernt sind. Morales bat um ein dringendes Treffen mit Präsident Lula. Allerdings wird in Brasilien vermutet, dass Morales mit der jetzigen Bauentscheidung die Unterstützung für zwei weitere Kraftwerke zu verkleinern fürchtet, die er mit brasilianischer Hilfe am gemeinsamen Grenzfluss bzw. auf bolivianischen Territorium errichten will.



FOCUS BRASILIEN

AUGUST 2007

www.adenauer.org.br

Strategische Partnerschaft Brasilien – Europäische Union

Nach Kanada, Russland, China, Indien und Südafrika hat die Europäische Union während eines Besuches von Präsident Lula am 4. Juli in Lissabon nun auch mit Brasilien eine strategische Partnerschaft vereinbart. Bei dem Akt zugegen waren neben dem portugiesischen Ministerpräsidenten und derzeitigen EU-Ratspräsidenten José Sócrates, der EU-Kommissionspräsident Durão Barroso, der Hohe Vertreter für die EU-Außenpolitik, Javier Solana, der Premierminister von Slovenien, Janez Jansa, und der EU-Handelkommissar Peter Mandelson.

Diese strategische Partnerschaft ist zunächst vor allem eine Absichtserklärung beider Seiten, den politischen Dialog und die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technologie, Umwelt, Erziehung, Kultur sowie bei der Abstimmung über die großen globalen Themen wie Klimaschutz und Energiesicherheit zu intensivieren. Ziel ist es, in diesen Bereichen durch regelmäßige Treffen ranghoher Vertreter und Arbeitsgruppen konkrete Fortschritte in der Zusammenarbeit zu erzielen. Welche qualitativen Fortschritte diese strategische Partnerschaft im beiderseitigen Verhältnis bringt, muss man noch abwarten.

Für die brasilianische Außenpolitik, die in den vergangenen Jahren wenig konkrete Erfolge vorweisen kann, ist die strategische Partnerschaft ein Beleg für die Anerkennung der gewachsenen internationalen Bedeutung des Landes. Die europäische Seite hat zwar ebenfalls bestätigt, dass man im Rahmen der neuen Partnerschaft den Dialog über eine Reihe von Themen intensivieren wolle, doch bei Lichte besehen, gibt es eigentlich schon hinreichende Foren des bilateralen Dialogs. Andererseits wird auch die strategische Partnerschaft den Dissens vor allem über Fragen der internationalen Handelspolitik, wie er bei den Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runda der Welthandelsorganisation zum Ausdruck kommt, nicht überwinden können.

So sehr man die Vereinbarung der strategischen Partnerschaft als Beleg für das europäische Interesse an einer Intensivierung des Dialogs mit Lateinamerika oder zumindest einer Einbeziehung Lateinamerikas in die internationale Dialoggemeinschaft begrüßen mag, müssen sowohl Brasilien als auch die EU Anstrengungen unternehmen, um die „Kollateralschäden“ zu begrenzen. Denn Argentinien und Mexiko, die ständigen Rivalen, wenn es um die Vertretung Lateinamerikas auf der internationalen Bühne geht, waren über die Vorzugsbehandlung Brasiliens durch die EU keineswegs begeistert. Im Gegenteil, in Argentinien gab es bereits Befürchtungen, Brasilien versuche nun, auch die Verhandlungen zwischen der EU und dem MERCOSUR über ein breites Assoziationsabkommen alleine weiterzuführen und abzuschließen. Diese Sorge mussten Brasilien und die EU ausräumen und zugleich gegenüber Mexiko und Argentinien deutlich machen, dass ihre neue Partnerschaft nicht mit Nachteilen für die anderen Länder Lateinamerikas verbunden ist. Andererseits wird auch Brasilien konkrete Vorteile nicht leichter oder schneller erlangen: während eines Seminars in Brüssel am 5. Juli hat Präsident Lula die Vorzüge der Biotreibstoffe gepriesen und die Europäer zeigten daran großes Interesse. Doch über einen raschen Abbau der Handelsbarrieren in diesem Bereich haben sie noch nicht mit sich sprechen lassen...